

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich 2.00, monatlich 55 Pfg. — Beilagsliste Nr. 4669 A, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 15 Pfg. für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg. auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 208.

Wittwoch, den 6. September 1905.

12. Jahrg.

Wiederholung von Vorfällen.

Die Ermordung eines deutschen Staatsbürgers in Rußland.

Aus Warschau wird dem „Vorwärts“ gemeldet: Goeben ist Genosse Kasprzak vom Kriegsgewicht zum Tode verurteilt worden.

Seine Verteidiger waren Rechtsanwalt Giaz aus Warschau und Rechtsanwalt Stahl aus Brest-Litwa.

Der Mitangeklagte Kasprzak, der an der Tötung seiner vier Genossen unbeteiligt Genosse Benedikt Brunzmann, ein Ingenieur, ist trotz erwiesener Unschuld zu fünfzehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Die Erregung unter der Warschauer Arbeiterschaft ist außerordentlich. Da man sie kannte und verehrte, so wurde das Gericht im Gebäude der Zitate abgehalten (um den Transport zu vermeiden). Auch soll Kasprzak im Gebäude des Gefängnisses im Hofe hingerichtet werden.

So ist denn auch ein Deutscher den Helden des Jaren zum Opfer gefallen. Glaubt man wohl, daß der „Vorwärts“ unseres herrschenden Deutschland den nationalen Stolz hat, um ein Wort für ein feiges Gerichten abgeurteilten deutschen Staatsangehörigen einzulegen? Den denkenden russischen Epökel steht dies Deutschland viel eifriger als das deutsche edle Opfer russischer Rechtskraft.

Kasprzak hat keine Handlung begangen, die nach deutschem Rechte mit dem Tode bestraft wird. Er hat eine Handlung begangen, die nach deutschem Rechte im schlimmsten Falle als Totschlag angesehen und mit Zuchthaus bestraft werden könnte. In einer Scheinrednerie tätig, wurde er von russischen Polizisten überrascht. Er versuchte seinen Genossen zur Flucht zu verhelfen und löste dabei die Genossen.

In der Geschichte der russischen Revolution wird unter ihren Märtyrern nun auch ein deutscher Reichsangehöriger genannt werden, ein Bürger des Staates, der Rußland bisher nur Feind geliefert hat.

An Kasprzak aber ist noch in anderer Hinsicht gekündigt worden. Es ist noch eine Schuld zu sühnen. Jetzt endlich, angeführt des erschütternden Dramas kommt auch von der Seite eine Rehabilitation, die diesen Mann jahrelang geknechtet hat mit der schwersten Verdächtigung, die einen Genossen jemals treffen kann: mit der Verdächtigung des Verrats und des Spionismus.

Es ist kaum anzunehmen, daß Genosse Kasprzak von dieser Rehabilitation noch Kenntnis erhält: sie würde ihm den zu erwartenden Tod sicher erleichtern; so viel jedoch ist fest, daß er hiernach gelächelt hat.

Sicherlich ist es den meisten Genossen wohl bekannt, daß im Jahre 1901 bei der damals in Posen stattfindenden Reichswahl zum deutschen Reichstag gegen Martin Kasprzak, der von den Posen Genossen als Kandidat aufgestellt wurde, leitend der Polnischen Sozialistischen Partei — P. P. S. kurzweg genannt — in allen Townen der Provinz der Verrat und der Spionage erhoben wurde.

Schreiber dieser Zeilen, so berichtet man uns, hat oft aus dem Munde H. S. gehört, wie ihn dieser Vorwurf geknüttelt und bedrückt hat. „Wenn nur ein Schein der Wahrheit wäre, ich würde mir das Leben nehmen, um keinem Genossen ins Auge zu schauen. So aber bin ich gezwungen zu leben, um meine Unschuld einmal zu betonen.“ Das waren seine eigenen Worte.

Und gerade diese Verdächtigungen von Seiten seiner eigenen Genossen, für die er jederzeit sein Leben zu lassen bereit war, die den so übertrieben feinsinnigen Mann ins Herz trafen, die ihn zum Wahnsinn brachten, mögen schuld daran gewesen sein, daß er das Kampffeld in Deutschland verließ und das um so viel gefährlichere in Rußland aufsuchte und so seinem Tode entgegen eilte.

Bald sind es 15 Jahre her, daß viele Verdächtigungen auftraten und, ohne daß ein positiver Beweis dafür erbracht wurde, von Jahr zu Jahr immer mehr aufgebaut, weiter fortgesetzt wurden.

Angefaßt des Todes, angefaßt des Märtyrertums konnte die Lüge, die ein Menschenleben fast vernichtet hat, nicht mehr bestehen bleiben. Moralisch war man gezwungen, endlich einmal der Sache auf den Grund zu gehen, und zu wissen, ob es dennoch angeht, das, was man nicht beweisen kann, noch aufrecht zu erhalten. Der Tod hat hier die Grenzsetzung bewirkt.

Am 10 August cc. fand in Krasau eine Sitzung der Kommission, ernannt vom Zentral-Arbeiterkomitee der P. P. S. und bestehend aus den Parteigenossen hierarchischen Reichsrats Abgeordneten Daszyski, Dr. Golde und L. Falaki, um zu untersuchen, ob die Verdächtigungen gegen Kasprzak aufrecht zu erhalten seien. — Die Krasauer

„Vorwärts“ bringt in seiner Nr. 236 vom 29. August 1905 als Leitartikel unter dem Titel „Parteilangelegenheiten“ das Ergebnis dieser Untersuchung. Die Kommission hat nach Anhörung der vorhandenen Zeugen und nach Prüfung der verschiedenen Phasen der Verdächtigungen festgestellt, daß der Vorwurf vollständig ungerichtet ist, daß die Zeugen auch nicht das geringste beibringen können und auch nichts aussagen, was Kasprzak irgend welche Befehle belassen könnte. Im Gegenteil, sie beobachten Beweise für seine Unschuld.

Nach diesem Ergebnis erklärte die Kommission:

„Der Vorwurf, den das Zentralkomitee der Partei „Proletariat“ unter dem Datum: „Warschau, im Dezember 1902“ erhoben, daß Martin Kasprzak, in letzter Zeit eine verdächtige Person ist, die mit der Partei im Verhältnis steht“, ist nicht erwiesen worden, und die von verschiedenen Seiten erhobenen Verdächtigungen erwiesen sich als falsch und unbegründet. Infolgedessen sind auch hinsichtlich aller Verdächtigungen und Mitteilungen, die auf Grund dieser Publikation nach dem Jahre 1902 in Parteischriften und außerhalb dieser veröffentlicht wurden.“

Welche Dokumente und Erklärungen, die als falsch und nicht zureichend von der Kommission befunden wurden, hat der deutsche Parteivorstand schon vor Jahren als solche bezeichnet.

Heute nach einem Jahrzehnt kommt man endlich zu der Ansicht, daß auf Hörensagen nichts zu geben ist, weil es falsche Märchen sind!

Wirtschaftliche Zusammenhänge.

Handelsminister.

Zwei preussische Minister über die Fleischnot. Die Schulkommission der Berliner Gastwirtschaftsvereinigungen hat sowohl dem Handelsminister Möller wie dem Landwirtschaftsminister v. Podbielski die Petition des Deutschen Gastwirtsverbandes um Maßnahmen zur Beringerung der Fleischnot persönlich überreicht. Über die von den beiden Ministern gewährten Audienzen ist folgendes in Erfahrung gebracht worden:

Handelsminister Möller erklärte den Herren zunächst, er spüre die Fleischverteuerung selbst und fühle daher mit ihnen. Der Grund liege in der schlechten Futterernte des vorigen Jahres. Das Heu, das 1904 mit 350 Mk. bezahlt wurde, koste jetzt 150 Mk. Kartoffeln, die 4 Mk. und 450 Mk. kosteten, würden jetzt mit 1,75 Mk. bis 2 Mk. bezahlt. Man müsse auch bedenken, daß sich der allgemeine Wohlstand gehoben habe. Handwerker und Arbeiter verdienen jetzt das Doppelte des früheren Verdienstes. (1) Damit seien ihre Bedürfnisse gestiegen. Statt zweimal wöchentlich wollten sie jetzt täglich Fleisch essen. (2) Der gesteigerte Konsum stehe aber in keinem Verhältnis zur Entwicklung der Landwirtschaft. Der Minister rief den Gastwirten, ihre sämtlichen Preise um 10 Pfg. zu erhöhen. So billig wie in Berlin — sie man nirgends in den Restaurationen, obwohl das Fleisch in Berlin am teuersten sei. Als Obermeister Vogel (Gastwirts-Journal) darauf aufmerksam machte, daß bei ihm junge Leute und Beamte aßen, denen eine tägliche Mehrausgabe von 10 Pfg. (also monatlich von 3 Mk.) für Mittagessen schon schwer falle, bebauerte der Minister, daß gerade die Gehälter der Kaufleute und Beamten die seien, die seit Jahren dieselben geblieben wären. Es wäre wünschenswert, wenn wieder mehr junge Leute sich dem Handwerk zuwenden würden. Wegen der Deffnung der Grenzen befragt, meinte der Minister, eine Deffnung der österreichischen Grenze sei der in Oesterreich und Ungarn herrschenden Seuchen wegen ganz unmöglich. Der plötzliche Preissturz, der mit großer Vieheinfuhr verbunden sein würde, sei auch nicht wünschenswert. Die Regierung würde aber den Ursachen der Fleischsteigerung „auf das sorgfältigste nachforschen“.

Daß der Handelsminister selbst unter der Fleischsteigerung leidet, vernehmen wir mit aufrichtiger Teilnahme. Danach ist also die Gehaltserhöhung von 36 000 auf 50 000 Mark, mit der die preussischen Minister vom 1. April d. J. ab bedacht worden sind, so gut wie wirkungslos geblieben. Daß die Handwerker und Arbeiter so anspruchsvoll geworden sind, jeden Tag Fleisch essen zu wollen, ist nach Herrn Möller die Hauptursache der Kalamität. Die Handwerker und Arbeiter gehen mit dieser „Fleischelust“ weiter, als die ungenügende Viehproduktion der deutschen Landwirtschaft zuläßt. Die unglücklichen Menschen! Sie verdienen doppelt so viel wie früher und wissen nun nicht, wofür mit dem vielen Gelde! Aber um erst zu reden: Wie viele Tausende, ja Hunderttausende von Arbeiterfamilien gibt es, in denen ein Fleischgericht eine selten gegebene Delikatesse ist! Und da sollen die Arbeiter jeden Tag Fleisch schmelzen wollen? — Die Bemerkungen des langen Möller über die Seuchen „Gefahr“ zeigt, daß er, trotzdem sich auch bei ihm angeblich die Fleischnot bemerkbar macht, schon völlig „agrariert“ ist.

Und was sagt nun Pod? Man höre und — staune: Er würde sich freuen, wenn ihm gesagt würde, wie Abhilfe gegen die Fleischsteigerung geschaffen werden könnte. Eine Fleischnot besteht nicht. Er habe — der Minister wies dabei auf die Aktien — bei sechs der größten Städte Deutschlands festgestellt, daß von 1902 bis Juli 1905 der Auftrieb des Marktes und die Zahl des geschlachteten Viehs sich fast gleich geblieben seien. Es differiere höchstens um ein Prozent. Die Grenzen nach Oesterreich könne man nicht öffnen. Dort sei dieselbe Fleischsteigerung. In Wien habe bereits die Gemeinde ein Schlachthaus gebaut, um billigeres Fleisch zu schaffen. In Ungarn seien 2000 Köpfe als verheert gemeldet. In Rußland herrsche selbst die größte Hungersnot. Von dort sei daher kein Vieh zu haben! Die dänische Grenze endlich sei ja für geschlachtetes Vieh offen. Wenn der Auftrieb auf den Schlachthöfen und Viehmärkten nur um 10 Prozent weniger betrüge, als in anderen Jahren, würde er alles tun, was nötig sei. Bei einer Schwankung von 1 Prozent sei das nicht erforderlich. Die Unterteile seien die Fleischsteigerungen, und wenn sie von hohen Preisen hielten, gegen sie dem nach und forderten mehr von den Häcklern. Das sei den Landwirten nicht zu verdenken. Auch seien sie bei dieser Jahreszeit mit den Schweinen zurückhaltender. Sie veräußerten weniger Ferkel, suchten diese vielmehr möglichst fett zu machen. Endlich wies der Minister die Deputation noch auf den 1. März 1906 hin. Mit der Einführung des Zolltarifes würde alles noch um etwas teurer werden. (Hö! hö! Hö!) Also sei das jetzige Geschäft ganz unnötig.

Die letztere Bemerkung sieht dem dicken Pod sehr ähnlich. Sie ist tölplich! Im Ubrigen: eine Fleischnot existiert nicht. Damit basta! Aus sechs Städten hat der Minister Auftriebszahlen, wonach in drei Jahren höchstens ein Prozent weniger an Schlachtwiege aufgetrieben ist. Wir fragen: Welche Städte sind dies? Aus welchen Städten stammen diese Zahlen? Wie steht es um die Qualität des Auftriebes? Und was bedeutet der behauptete Minderauftrieb von ein Prozent bei der Bevölkerungszunahme, die in drei Jahren bei vielen großen Städten fünf Prozent beträgt?

Gegenüber den sechs wunderbaren größten Städten des Ministers stehen die vierzig größten Städte, aus denen amtliche Schlachtwiegemärkte vorliegen, wonach der Auftrieb gegen das Vorjahr alles um fünf bis zwanzig Prozent geringer ist! Und das ist noch keine Fleischnot?

Die übrigen Argumente des Ministers sind schon so oft widerlegt worden, daß es schade um das Papier wäre, das zur Wiederholung aller dieser Widerlegungen gebraucht würde.

In Summa: Der preussische Handelsminister erklärt, er leide selbst unter der Fleischnot; der preussische Landwirtschaftsminister erklärt, es gibt keine Fleischnot. Das Wort aber hat nach wie vor die Sache zu bezahlen!

Ein Schnorrer und Verschwörer im deutschen Reichsamt. Die von uns erwähnte Martinsche Schrift über die bevorstehende Katastrophe Rußlands hat zu einer charakteristischen Auffassungsleistung der deutschen Regierung geführt. Die „Nordb. Allgem. Ztg.“ bringt an der Spitze des Blattes folgende Banalitäten:

„In den an russischen Worten interessierten deutschen Kapitalistenkreisen scheint hier und dort eine vor kurzem erschienene Schrift über „die Zukunft Rußlands und Japan“ einige Beunruhigung hervorgerufen zu haben. In Anbetracht des Inhaltes der Schrift ist eine solche Beunruhigung nur dadurch erklärlich, daß der Verfasser, Dr. Rudolf Martin, Regierungsrat im kaiserlichen Statthalteramt ist und sich als solchen auf dem Titelblatt bezeichnet. Oberger über den Schlußfolgerungen, die daraus gezogen worden sind, sei hiermit ausdrücklich festgestellt, daß Herr Martin seine Arbeit ohne jedes Vorwissen seiner vorgelegten Behörden und der Regierung geschrieben und veröffentlicht hat. Es ist selbstverständlich, daß die Regierung dem Buche, das auf Grund haltloser Voraussetzungen zu abenteuerlichen Prophezeiungen über das Schicksal Rußlands in den nächsten Jahrzehnten kommt, gänzlich fern steht.“

Die „Nordb. Allgem. Ztg.“ begnügt sich nicht etwa damit, festzustellen, daß das Wort Martins nicht als amtlich anzusehen ist, sondern sie verbindet mit einer skrupellosen Begünstigung der russischen Finanznot eine schmähliche Bloßstellung ihres Beamten. Wenn irgend ein Blatt gegen einen Beamten einen Vorwurf erhebt, schreibt die ganze Bureaupresse über die Einschüchterung der Autorität. Ein hoher Beamter aber, der nach seiner wissenschaftlichen Ueberzeugung darlegt, daß Rußland vollständig kreditunfähig ist, wird öffentlich wie ein Schulbube bloßgestellt. Fehlt nur noch,

daß man ihn als Hochverräter gegen Rußland vor Gericht zieht. Fast scheint es, als ob man nicht nur die Offiziere, sondern auch die Beamten jetzt unter Benutz der ihnen keine andere Tätigkeit erlaubt, als für Reiter- und Flottenvereine zu agieren. Ob man sich wohl in der Bureaukratie ausnehmen wird gegen dieses Attentat auf die Meinungsfreiheit eines Beamten? Das ist aber noch nicht einmal das Schlimmste. Wenn der Regierungsrat Martin eine Schrift veröffentlicht, so spricht doch immer nur ein einzelner. Hier aber erklärt die Regierung selbst ganz offiziell, daß kein Grund zu Besorgnissen über die russischen Pläne bestehe. War die Tat des Herrn Martin also ein Fehler, so ist die Note der „Nordd. Allg. Ztg.“ ein Verbrechen. Wenn das Haus Wendelschön am Vorabend einer neuen Russen-anleihe derartige Notizen lanciert, so weiß man, warum. Hier aber verpfändet sich die deutsche Regierung selbst für die Kreditfähigkeit Rußlands und trägt nun auch die Verantwortung für alle Folgen dieser Stimmungsmaße. Unter den preussischen Gliedstaaten für den Bundesrat ist diese Note eine der gemeingefährlichsten. Mit dem Friedensschlusse führt Preußen-Deutschland sich wieder nur als Diener Rußlands.

Ein amtlicher Beweis der Fleischnot. Die Uge unserer Viehwirtschaft, es gebe keine Fleischnot, zerfällt vor den Tatsachen, wie Schnee an der Sonne. Durch eine Umfrage, die die „Allgemeine Fleisch-Zeitung“ über die Schweinefleischmengen im August dieses und des vorigen Jahres bei den Direktionen der vierzig größten Schlachthöfe im Deutschen Reich gehalten hat, ist der zahlenmäßige Beweis für einen sehr bedeutenden Mangel an Schweinen erbracht. Danach betrug die Zahl der Schlachtungen in den Jahren 1904 und 1905 in Berlin 79 642 resp. 75 380, in Hamburg 26 210 resp. 23 013, in Breslau 12 935 resp. 9327, in Magdeburg 7510 resp. 6664, in Hannover 6562 resp. 6258, in Königsberg i. Pr. 6111 resp. 4761, in Danzig 4816 resp. 4634, in Stettin 6511 resp. 5692, in Halle a. S. 4292 resp. 3879, in Köln 12 568 resp. 10 528, in Düsseldorf 7452 resp. 5611, in Dortmund 4583 resp. 3409, in Essen 4917 resp. 3672, in Elberfeld 5345 resp. 4050, in Barmen 3668 resp. 2974, in Aachen 2957 resp. 2262, in Koblenz 1565 resp. 1432, in Dresden 12 368 resp. 11 623, in Leipzig 15 068 resp. 14 261, in Chemnitz 5983 resp. 4792, in Bielefeld 2723 resp. 2144, in Braunschweig 1631, in Frankfurt a. M. 11 019 resp. 10 271, in Rassel 3278 resp. 2810, in Mainz 4361 resp. 3557, in Straßburg i. Elz. 4210 resp. 4129, in Wiesbaden i. Elz. 3046 resp. 2677, in München 17 860 resp. 14 194, in Nürnberg 13 656 resp. 8670, in Ulm 1295 resp. 964, in Heilbronn 1113 resp. 963, in Karlsruhe 3444 resp. 2869, in Mannheim 5839 resp. 5012, in Heidelberg 1597 resp. 1426, in Lübeck 2495 resp. 2142, in Rostock 1491 resp. 1370, in Posen 3842 resp. 2986, in Bromberg 2296 resp. 2031, in Landshut a. B. 2755 resp. 2179, in Elbing 1388 resp. 1241.

Hierzu bemerkt die „Allgemeine Fleisch-Zeitung“: „Diese Zahlen sprechen eine sehr laute Sprache; sie zeigen, daß in allen Teilen des Deutschen Reiches die Schweinefleischmengen ganz erheblich zurückgegangen sind. Gegenüber der Feststellung dieser Tatsache werden hoffentlich auch die Versuche der Agrarier, die Viehknappheit zu bestreiten, endlich versagen. Neben der bedeutenden Abnahme der Schweinefleischmengen ist bei sehr vielen der genannten Schlachthöfe auch eine starke Abnahme der Rinder- und Kalberfleischmengen zu konstatieren. So wurden z. B. im August vorigen Jahres in Berlin 13 746 Rinder und 14 001 Kalber, dieses Jahr nur 12 986 Rinder und 13 394 Kalber geschlachtet.“ — Die Erwartung des Blattens, daß jetzt die Agrarier die Wahrheit da schon geben werden, ist natürlich die reine Illusion. Sie werden jetzt höchstens zum Schutz gegen die Fleischnot die — Statistik verbieten.

Unbegrenzte Viehimport. Der Bund der Landwirte veröffentlicht in Berlin, vielleicht auch in anderen Städten, ein Flugblatt, in welchem er wieder allerlei wertlose, für die Fleischsteuerungsfrage ganz belanglose statistische Zahlen aufstellt, die die Schuld für die hohen Fleischpreise auf die Gewaltsucht der Schlächter schiebt und behauptet, daß aus Dänemark, Oesterreich-Ungarn, der Schweiz — von Schweinen schweigt der edle Bund für Lebensmittelversorgung — unbegrenzt eingeführt werden dürfe. Wie dieses „unbegrenzt“ zu verstehen ist, zeigt folgende Mitteilung der in Paderborn erscheinenden „Nordischen Post“ über die Bedingungen der Rindereinfuhr aus Dänemark:

„Zuerst wurde durch immer steigende Fälle die Einfuhr beschränkt, dann kamen veterinärpolizeiliche Gesichtspunkte hinzu; um der Seuchengefahr vorzubeugen, wurde die Viehimport zeitweilig überhaupt ganz verboten, dann aber dauernd durch Einrichtung des Quarantänezwanges erschwert. Als im Jahre 1893, also vor nunmehr zwölf Jahren, diese Anordnung getroffen wurde, mußte alles Vieh, das an der Westküste Schleswigs eingeführt wurde, nach Tönning in die Quarantäne, da an der Grenze noch gar keine Quarantäne-einrichtungen vorhanden waren, während Tönning, von wo in früheren Zeiten ein großer Export des Ferkelviehes aus dem Marzsch nach England stattfand, große Quarantäne-einrichtungen besaß. Das war natürlich sehr unpraktisch, und vom veterinärpolizeilichen Standpunkt aus betrachtet, sehr unpraktisch. Es wurde daher auch bereits im selben Jahre in Svibbing, im Kreis Hadersleben, unmittelbar an der Landesgrenze eine Quarantäne errichtet, wo die Ferkel zehn Tage lang beobachtet wurden. Die als gesund befundenen konnten dann weiter nach dem Süden transportiert werden. . . Später suchte man die Einfuhr dadurch zu beschränken, daß nur zu gewissen Zeiten, im Herbst und Frühjahr, einige Wochen hindurch importiert werden durfte, dann kam im Jahre 1899 die Verfügung, daß die Einfuhr über die Grenze bei Svibbing auf eine bestimmte Stückzahl Magervieh beschränkt werden sollte, und zwar durften im ersten Jahre 6000 Stück Vieh eingeführt werden, in jedem nächsten Jahre 1200 Stück weniger, also 1900 nur noch 4800, im dritten Jahre 3600 und so weiter, so daß nach fünf Jahren die Einfuhr ganz aufhören mußte.“

Das nennt das Flugblatt der Landwirte „unbegrenzte Einfuhr“. Unbegrenzt ist ganz etwas anderes, nämlich die Unversämtheit einer gewissen Agrarierfraktion.

„Cure Majestät.“ Bei dem Friedensschlusse zu Portsmouth wurde natürlich auch eine Anzahl Depeschen zwischen den verschiedenen Potenzen der alten und der neuen Welt vertelegraphiert. Wir haben davon keine Notiz genommen, weil es der deutschen Arbeiterklasse gleichgültig ist, was sich diese Herrschaften bei einer derartigen Gelegenheit zu sagen haben. Nachträglich wird nun eine kleine, sehr unbedeutende aber sehr bezeichnende Fälschung bekannt, die man sich bei der Uebersetzung des Telegramms Roosevelt an Wilhelm II. geleistet hat. In diesem Telegramm reichte Roosevelt dem Kaiser dreimal mit „Sie“ (you) an, und dreimal wurde dieses Sie in der Uebersetzung, sei es vom Wolffschen Telegraphenbureau oder von irgend einem andern Hofamt, mit „Ew. Majestät“ wiedergegeben. Man läßt eben in gewissen Kreisen keine Gelegenheit vorübergehen, sich lächerlich zu machen.

Der Protest des deutschen Fleischer-Gewerbes gegen die agrarischen Verbände über, daß die Fleischer Schuld an der Fleischnot sind, hat jetzt feste Gestalt angenommen. Die große Protestversammlung der Fleischer aus dem ganzen Reich ist nunmehr am Mittwoch, den 6. September, nachmittags 2 Uhr, festgesetzt und wird in Berlin in den Konradstr. 64, abgehalten. Hauptsächlich wird bei dieser Versammlung nicht versäumt, den Agrariern und ihren reaktionären Anhängern und Begünstigern klar zu machen, daß der deutsche Handwerkerstand den tückischen Schwindel ihrer Mittelstandsrettung durchschaut hat und sich zu solchem politischen Mummenschanz nicht mehr mischen läßt.

Zur Abwehr der Cholera wird amtlich gefordert: „Durch russische Händler ist die Cholera auf der Weichsel nach Westpreußen eingeschleppt worden. Im Anschluß an den ersten, am 16. August bei Kulm auf einem russischen Fregate eingeschleppten Choleraerkrankten sind weitere Choleraerkrankungen entlang des Weichselstroms und der mit ihm in Verbindung stehenden westlichen Wasserstraßen festgestellt. Neuerdings ist auch am 27. August in den Hamburger Uferwärdhäusern eingeschleppter russischer Auswanderer an Cholera erkrankt und am 29. August gestorben. Seitens der Behörden ist sofort alles geschehen, um die vorkommenden Fälle zu vermeiden und eine Weiterverbreitung des Krankheitserregers zu verhindern. Insbesondere ist die gesundheitspolizeiliche ständige Überwachung des gesamten Schiffs- und Floßverkehrs auf der Weichsel, der Bräse, dem Bromberger Kanal und der Elbe angeordnet worden. Die mit dem Verkehr verbundenen in Verbindung gekommenen russischen Auswanderer sind, soweit sie nicht bereits die Fahrt über See angetreten hatten, im Quarantänequartier zu G. über interniert. Die Bekämpfung der Cholera gestaltet sich heute ungemein günstiger als in den Jahren 1892 und 1893. Während damals alle Vorschriften und Einrichtungen zur Abwehr der Seuche neu geschaffen und erst erprobt werden mußten, ist nunmehr durch das Reichsgesetz vom 30. Juni 1900 die Grundlage zu einem einheitlichen Vorgehen im ganzen Reich gegeben und sind außerdem durch die vom Bundesrat im Januar vorigen Jahres erlassenen Ausführungsverordnungen zur Bekämpfung der Cholera die zu ergreifenden Maßnahmen in allen Einzelheiten geregelt. Die Erfahrungen, die während der Cholerajahre 1892 und 1893 gesammelt werden konnten, sowie die seitdem gemachten Fortschritte der Wissenschaft sind in diesen Ausführungsverordnungen verwertet. Es wird sonach bei eintretenden Cholerafällen wesentlich darauf ankommen, die eingehenden, für das gesamte Reichsgebiet gleichmäßigen Anordnungen treu nachzuführen. Wegen übertriebener, Handel und Verkehr unnötig belästigender Maßnahmen bitten sowohl die für das Inland erlassenen Vorschriften als auch die Bestimmungen der internationalen Sanitätskonvention von Dresden aus dem Jahre 1893 ausreichenden Schutz, insofern darin die Grenzen genau gezogen sind, über die bei der Anordnung von Verkehrsbeschränkungen nicht hinausgegangen werden darf. Hiernach ist gegenwärtig zur Beunruhigung kein Anlaß gegeben. Mit der Möglichkeit, daß im laufenden Jahre Cholerafälle eingeschleppt werden, ist schon lange gerechnet worden. Die Bundesregierung ist hierauf schon im Januar dieses Jahres durch ein Rundschreiben des Reichsamtes des Inneren aufmerksam gemacht worden. Regierungen und Behörden trifft daher das Ausstreuen vereinzelter Seuchefälle nicht unvorbereitet. Es darf erwartet werden, daß es dem zielbewußten und pflichtmäßigen Vorgehen der Behörden gelingen wird, die Seuche bald zu unterdrücken.“

Kleine politische Nachrichten. Der bayerische Landtag ist auf den 29. Septbr. einberufen worden. — Nach einem Telegramm des Berliner „Volksanzeigers“ aus Dar-es-Salaam schlug Oberleutnant von der Marwitz die Rebellen im Hinterlande von Kilwa. Der Feind hatte 40 Tote und zahlreiche Verwundete. Und die Deutschen? — Durch eine Bombe wurden in Barcelona mehr als 60 Personen verwundet, die meisten schwer. Zwei Frauen wurden getötet. Der Täter ist nicht ermittelt.

Schweden.

Von den Wahlen zur Zweiten Kammer fanden bisher 29 statt, davon Sonntag 21. Von den bis jetzt abgehaltenen Wahlen waren 21 Wiederwahlen. Die Neuwahlen brachten der Rechten und damit der proportionalen Wahlmethode einen Verlust, der auf 3 bis 4 Sitze geschätzt wird. Die Sozialdemokraten gewannen einen Sitz in Helsingborg. Unter den wiedergewählten befindet sich der neue Landwirtschaftsminister Peterson. Die Wahlbeteiligung war bisher sehr lebhaft.

Rußland.

In geradezu elektrisierender Weise treibt der Zar in einer „Botenschaft“ an die Armee ein Spiel mit Worten. Er telegraphierte an Dinevitich: „Die Verhandlungen in Portsmouth führten am 19. August zur Ablehnung der Forderungen der japanischen Regierung bezüglich der Ablehnung der Forderungen der japanischen Regierung bezüglich der Abtretung von Sachalin, der Zahlung einer Kriegsent-schädigung, der Auslieferung der in neutralen Häfen befindlichen Schiffe und der Beschränkung der Streikkräfte in den Gewässern des Stillen Ozeans. Bei den weiteren Verhandlungen gab Japan am 29. August gegenüber aller unserer Bedingungen nach, hat aber um die Rückgabe des von den japanischen Truppen besetzten Teiles von Sachalin, welcher 1875 von Japan durch Vertrag an Rußland abgetreten war. Die selbstaufergebene mir treue Armee hat den Ansturm des

an Zahl überlegenen Feindes in der Mandschurei neunzehn Monate hindurch Schritt für Schritt aufgehalten, indem sie hartnäckig seinen Vormarsch zurückwarf. Unter Ihrer Leitung hat sie sich verstärkt durch aus Rußland eingetrossene Truppen, organisiert. Gegenwärtig zahlreicher und stärker denn zuvor, ist sie nicht nur bereit, den Feind abzuwehren, sondern auch ihm einen wichtigen Schlag beizubringen. Ich und ganz Rußland glauben an die Kraft der ruhmreichen Armee und an ihre Bereitschaft, sich für das Wohl des Vaterlandes zu opfern. Aber meine Pflicht vor meinem Gewissen und dem mir von Gott anvertrauten Volke befehligt mir, die Manhaftigkeit der meinetwegen Herzen teuren russischen Männer nicht auf neue auf die Probe zu stellen und sie nicht neuen endlosen Schrecken des Krieges auszusetzen, um die Hälfte einer Insel zu behalten, welche Japan uns 1875 besonders im Hinblick auf die Interessen der Insel übernommenen Verpflichtungen abtrat. Die Präliminar-Friedens-Truppen haben wiederholt während des blutigen Kampfes Muthaftigkeit und Selbstaufopferung bewiesen. Uebermitteln Sie diesen meinen treuen Anmerkungen. Mag sie wissen, daß ich und Rußland ihre in diesem schweren Kriege gebrachten Opfer schätzen.“ — Diese Stilllegung, unter die ihre Verfasser den Namen setzen lassen, wird auf beiden Gemütsphasen bei allen denkenden Menschen köstliche Heiterkeit hervorrufen. Man denke: Japan, das siegreiche Japan hat um die Hälfte von Sachalin gebeten, und der Zar hat es ihm — allergnädigste natürlich! — zu geben geruhet! In Wahrheit sollte sich die russische Regierung für die Gnade des Mikado bedanken, der ihr so günstige Bedingungen gewährt hat. Die russische Armee hat den Vormarsch der Japaner hartnäckig zurückgeworfen! Das erinnert an die berühmte Darstellung des Altberühmten Denon: „Wald lag er oben, bald lag er unten. Und denn hole ich aus, um er haut mir erne. . . Und denn reißt er aus, um ich immer vorrückt.“ Wenn toll denn die russische Regierung durch derartige faulstocherischen Entstellungen der Wahrheit imponieren? Das glauben ihr nicht einmal die Millionen von Analphabeten, die dank der Fürsorge des zarischen Absolutismus in der tiefsten Unwissenheit dahindämmern. Nur eins wird durch dieses Telegramm abermals auf das schlagendste bewiesen: die heillose Angst, die man in den leitenden Kreisen der russischen Meuterei vor der Heimkehr der „treuen Armee“ empfindet. Und darum sucht man dieser mit schönen Worten um den Wirt zu gehen. Aber, selbst wird das nichts. Die Wahrheit ist auf dem Marsche!

General Dinevitich soll nach dem Friedensschlusse zum Statthalter im Fernen Osten ernannt werden. — Das ist auch der beste Posten für ihn.

Auch die Polizei wacht mit. Die letzte Nummer des „Proletariats“ bringt interessante Daten über die Bewegung unter den Polizisten. Daß die Polizei mit Protesten gegen ihre „unwürdige politische Lage“ und mit Forderungen auf Besserung ihrer materiellen Stellung hervortritt, das geschieht unmittelbar seit dem 22. Januar. Die Schutzmänner von Riga waren die ersten, die die Aufregung der Behörden nach dem 22. Januar bemerken, eine Besserung forderten und für den Fall der Ablehnung mit dem Streik drohten. Ähnliche Vorgänge wurden bald darauf auch aus anderen Städten gemeldet. Vor kurzem ist nun mit einer „Proklamation an alle Polizisten“ eine Gruppe von Schutzmännern in Wau hervorgetreten. „Genossen Polizisten“, so beginnt der originelle Aufruf, „um und herum begibt sich Außerordentliches, überall brodet und gärt es, und wir können und — vielleicht auch — wollen es nicht begreifen. Warum halten uns alle nicht für Wächter, sondern für ihre Feinde, in gleicher Weise wie die Spone, die Vorkämpfer, Gendarmen und die schwarzen Soldaten und das übrige Lumpenpack? Deshalb, weil wir in der Tat den Wächter vorstehern dienen. Wir erfüllen ohne Ueberlegung die abscheulichsten, die ungelieblichsten Befehle.“ Der Aufruf weist auf den Streik der Polizeikräfte in Wau hin, von dem der radikale „Syn Detschew“ gemeldet habe; bezichtigen lasse sich wohl in Rußland nicht gut durchzuführen. Man müsse jedoch auf andere Mittel fassen, müsse vor allem für die Verbesserung der eigentlichen wirtschaftlichen Lage sorgen. — Noch radikaler klingt ein Aufruf, den eine Gruppe Moskauer Polizeikräfte veröffentlicht. „Genossen, Polizisten“, heißt es da, „mächtig erwacht in ganz Rußland das Selbstbewußtsein des Volkes. In der ganzen russischen Gesellschaft, angefangen beim Professor und aufgehört beim letzten Arbeiter, spricht man von Petitionen, von seinen Nöten. . . Auch wir haben das Recht, bessere Daseinsverhältnisse zu fordern, eine menschliche Behandlung von Seite der Behörden und einen genau abgemessenen Kreis unserer Obliegenheit. Unsere Forderungen zwingen uns Pflichten auf, die das ganze Publikum gegen uns aufrufen. In ganz Rußland ist jetzt das arbeitende Volk erwacht, von dem wir doch selbst abstammen. Das arbeitende Volk ist hervorgetreten zum Kampfe gegen die Kapitalisten, die es in die Armut herabgedrückt haben. Und uns zwingt man, ihnen den Mund zu verstopfen, damit sie schweigen, sie auseinander zu jagen, sie zu bespödeln, einzusperrn. . . Man schiebt uns unter die Häute und Steine der Arbeiter. . . Das Ausspüren und Verhaften ist aber nicht unsere Sache, sondern Sache der Gendarmen. . .“ Man muß die Ratgeber dieses Aufrufes mit in Kauf nehmen. Sie sind ein wichtiges Dokument des revolutionären Geistes, der unwiderstehlich alle und die stärksten Bindungen der autokratischen Ordnung jetzt aufzulösen be-ginnt.

Die Angst vor Attentaten. Die ständigen Anschläge auf das Leben von Polizeibeamten haben der Bevölkerung von Warschau einen so heillosen Schrecken einge-jagt, daß gar häufig recht eigenartige Szenen sich abspielen. So erzählt ein Berichterstatter des halboffiziellen „Wart-schanst Daeonik“ über den folgenden Vorgang, den er selber in Warschau miterlebt hat: In einem vollen Straßen-selbstwagen nimmt der Pristaw (Polizeileutnant) eines Warschauer Reviers Platz. Bald einzeln, bald zu zweien ver-läßt das Publikum nach wenigen Augenblicken den Wagen. Es bleiben nur der Rusfcher, der Schaffner und der Pristaw. Man erkundigt sich nun, weshalb diese Flucht. Da stellt es sich heraus, daß der Pristaw einer derer ist, die in die Liste der Kandidaten eingetragen sind, also ein Kandidat auf das „Jenseits“. Als ich die Geschichte Bekannten erzählte, da teilten mir diese noch weitere interessante Einzelheiten mit. Dem Pristaw passeren noch ganz andere Dinge, sagen sie nur. Die Barbieren wollen ihn nicht rasieren oder

früheren, so lange nicht vor der Tür ihrer Säben eine
Pollewaage eingestellt wird. Die Droschkenkutscher
verschwinden, wenn er ihre Droschken benutzen will.
Man fürchtet ein Unglück. Im Brunnen, der sich im
Hofe des P. istaw befindet, ist ausgezeichnetes Trinkwasser.
Die Nachbarn, die es früher gern benutzt haben, tun es
nicht mehr. Warum? Sie fürchten, daß der Brunnen
vergiftet sein könnte.

Umfangreiche Arbeitseinstellungen fanden in Reval statt.

Die russische Zensur ist noch immer die alte. Ein
kurioses Beispiel ist die liberale Zeitung „Nascha Schän“
aus Jersow mit. Da wurden dem bekannten Blatte
Sjerry Mal“ von einer Nr. (Nr. 191) seitens der Zensur
2500 Zellen gestrichen. Gestrichen wurde der Artikel,
das Feuilleton, die Uebersicht über die Presse, die Revue des
Auslandes usw. Als der Autor sah, was er angehtet
hatte, erschrak er selbst. Die „N. Sch.“ sagt, die Zensoren
erschließen in jeder Zeile „so etwas“, das verfolgt werden
muß. So streichen sie denn auch alles, bei dem man sich
irgend etwas „denken“ könnte.

Das dankbare Barantum. Die Enttäuschung über die
Gleichgültigkeit, die die russische Regierung gegen
über den verwundeten und verkrüppelten
Soldaten bewahrt, wächst in Petersburg ständig.
Fast in jeder Straße sieht man, wo sich ein englischer
Korrespondent, Soldaten, die aus dem fernem Osten zurück-
gekehrt sind, und denen ein Arm oder ein Bein oder mehrere
Gliedmaßen fehlen. Andere sterben die Hand aus und bitten
jämmerlich um Almosen. Manche taugen auf der Brust
das Sant Georgskreuz, das nur für große persönliche
Tatleistungen verliehen wird. Alle diese unglücklichen Krüppel
haben das Recht, vom Staat ernährt zu werden, und eine
kleine Pension zu erhalten. Fragt man sie aber, warum sie
betteln, so hört man immer wieder dieselbe Geschichte von
Veruntreuungen im großen Zeitras der
Beamten. Schrecklich sind die Verhältnisse, die diese Sol-
daten geben. Wenn sie in einer Schlacht verwundet, so
lagern sie monatelang in den Lazaretten und hocken während
der langen Winterreise unplanmäßige Entbehrungen
durchzumachen, da das für ihre Unterhaltung bestimmte Geld
von den Beamten gestohlen war. Wochenlang hungerten
sie bei einer Welschigung, die nur aus Wasser und dem
bischen Brot bestand, das mittellose Leute ihnen auf den
Stationen der sibirischen Bahnen gaben. Märdern sie sich
dann in der Heimat und beanspruchten ihre Pension, so büß-
ten nach den ersten Zahlungen das Geld bald aus. Die
arbeitsfähigen Krüppel schlüpfen sich nunmehr nach
Petersburg, in der Hoffnung, „Väterchen“ würde ihnen Ge-
rechtigkeit widerfahren lassen. Aber die Beamten halten sie,
wie das in Rußland üblich ist, mit Verspottungen hin,
gaben ihnen wohl auch einige Kopfen, wiesen sie schließlich
aber rauh ab, wenn sie bringenber ihr Recht verlangten.
Die gegen die Ketzepoppe geübte Rücksichtslosigkeit wird
naturgemäß den Volkstern gegen das korrupte Despoten-
regiment noch höher auflarzen machen. Und wenn erst die
Heere aus der Mandchurei zurückkehren, dann wird der
Mund Hunderttausender eine zum Himmel schreiende Anklage
gegen das Barantum und seine Rechte erheben und die Re-
volution wird einen neuen verstärkten Impuls erhalten,
welcher das Ende dieser Schandwirtschaft beschleunigen
wird.

Deferenz-Angaren.

Eine Liga des allgemeinen Wahlrechts hat sich
in Budapest gebildet. An der Spitze dieser Liga stehen
einige Universitäts-Professoren; die Mitglieder rekrutieren
sich fast ausschließlich aus den Reihen der Intelligenz:
Schriftsteller, Advokaten, Mittelschullehrer, Künstler usw.
In einem Aufruf, den die Liga erläßt, heißt es u. a.:
Ungarn stehe an einem geschichtlichen Wendepunkt; das Schick-
sal der nächsten Zukunft werde sich jetzt entscheiden. Die
Frage sei, ob das Land die im Jahre 1848 begonnene Politik
der Gleichgültigkeit und der allgemeinen Bildung fortsetzen
wolle oder ob es in kurzfristiger Gleichgültigkeit die brennen-
den Aufgaben des modernen Europa übersehen wolle. — Im
übrigen ist die Situation in Ungarn noch die gleiche. Unsere
Genossen sehen den Parteien der Koalition gehörig zu und
der Ruf des Volkes nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht
wird immer lauter. Die Unabhängigkeits-Partei, die ehe-
mals vorgab, für das allgemeine Wahlrecht und andere
Wahlrechte einzutreten zu wollen, zeigt jetzt als die Vertreterin
an dem Volke; die ungarische Romanovsprache ist ihr wich-
tiger als alle Volksrechte.

Italien.

Unterschliffe im italienischen Finanzministerium.
An die Zustände unter dem seltsamen Nasti erinnern die jetzt
zu Tage kommenden Gewohnheiten im Finanzministerium.
Dort hat man einen alten Beamten Ugliengo unter der
Anklage des Betruges und Unterschleifs zum Schaden des
Staates verhaftet, weil er fortgesetzt bei der Expedition der
Briefschaften des Kabinetts höhere Summen in Rechnung
setzte, als er tatsächlich für Marken verausgabte. Da
Ugliengo vielfach die Ausgabe verzeihachte, hat er den Staat
bereits um sehr bedeutende Summen geschädigt. Die Auf-
deckung des einen faulen Punktes führte sehr bald zur Ent-
deckung anderer. Der Vorgesetzte Ugliengos, Alinetti, wurde
erst der Mitwisserschaft verdächtigt. Es stellte sich aber bald
heraus, daß er selbst viel schlimmere Dinge auf dem Kerbholz
hatte. So soll er sich seine Wohnung in Rom und eine
Villa in Angio zum Teil auf Staatskosten eingerichtet
haben, indem er die vom Finanzminister bezahlten Arbeiter
für sich anstellte und Sachen, die auf Rechnung des Kabinetts
gekauft worden waren, in seine Wohnung schaffen ließ. Da
bethe Beamten das Unrecht haben, nicht Minister zu sein,
sagen sie bereits hinter Schloß und Riegel. Weiden wurde
die Entlassung aus der Untersuchungshaft gegen Kaution
verweigert. Da hat's Nasti doch schlauer angefangen!

Mecklenburger Parteitag.

Zweiter Tag.
Nachmittags-Sitzung.

Um 2 1/2 Uhr eröffnet Genosse Erdbeer-Moskoc die
Sitzung.
Ueber die Fleischnot referiert Gen. Starosson.
Derselbe wies zunächst auf die Bestrebungen der Agrarier
und ihrer Freunde hin, die die Fleischnot einfach abzuleugnen.
Sodann ging Redner näher auf die Fleischverhältnisse in

Moskoc ein, den Nachweis liefernd, daß sich dort die Fleisch-
not in starker Weise bemerkbar mache. Auch in kultureller
Beziehung sei eine Beseitigung der Fleischnot erforderlich.
Wenn die bürgerliche Gesellschaft ihre eigenen Interessen
wirklich wahrnehmen wolle, dann müßten ihre Sachwalter
unsere Bestrebungen auf Deckung der Grenzen tatkräftig
unterstützen. Sei es doch festgestellt worden, daß infolge
der Untereinanderung des Volkes das ganze Menschenges-
chlecht weniger widerstandsfähig sei als früher; das
könne ganz besonders konstatiert werden bei den Soldaten.
Und diese seien doch die vermeintlichen Beschützer des
Kapitals. Wenn man sich nun die Frage vorlege, wie die
Fleischnot beseitigt werden könne, dann wolle Redner ein
Mittel anführen. In dem Kirchengebäude für
Mecklenburg, welches Nieder für alle Not- und Lebens-
lagen enthalten solle, sei ein Lied enthalten, das von dem
mecklenburgischen Volke in ganz besonderer Not gesungen
werden solle. Dieses Lied laute:

Wir haben soviel Jahr und Zeit
Zur Braut, zur Wollust, Leppigkeit
Und Schwelgerei mißbraucht.
Wir haben unseren Nebenbriß
Geordnet und betrogen,
Durch Rechtschein, Gewalt und List
Das Seine ihm entzogen.
Möge das mecklenburgische Volk sich dieses Lied
merken.

Wie weit die Fleischnot z. B. in Moskoc um sich ge-
griffen habe, gehe u. a. daranaus hervor, daß Frauen
abends 10 Uhr sich bereits vor den Toren des
Schlachthauses eingefunden haben, um
ja am nächsten Morgen 9 Uhr die ersten
beim Verkauf von Freibankfleisch zu sein.
Trotzdem aber verschleife sich bei allen Beschwerden und
Wünschen. Nachdem Redner noch darauf hingewiesen,
daß der Fleischwucher nur ein Glied in der Kette der in-
direkten Ausbeutung des arbeitenden Volkes sei, schloß er
seine heftig aufgeführten Ausführungen mit der
Wahmung, unermüdet für Beseitigung einer Gesellschafts-
ordnung, in der eine solche Ausbeutung möglich sei, zu
wirken. — Genosse Schwarz-Lübeck ergänzte diese
Ausführungen in umfangvoller Weise. Er wies darauf
hin, daß der selbste konservative Abgeordnete des zweiten
Reiches, Droscher, in der Beihörungskommission des
Reichstages die Behauptung aufgestellt habe, Mecklen-
burg sei in der Lage, ganz Deutsch-
land mit seinen Schweinen zu versorgen.
In seinen weiteren Ausführungen ging Redner noch
auf die vom Agrarier bereits schon behandelte und
von den Agrarier immer gegen die Fällung
der Grenzen angeführte Seuchengefahr ein, nachweisend,
daß von einer Seuchengefahr gar keine Rede sein könne.
Auch in Lübeck habe die Bevölkerung unter der Fleisch-
not zu leiden; in den Monaten Januar bis Juli 1905 sind
hier 1000 Schweine weniger und 35 Herde mehr ge-
schlachtet worden als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.
Durch den neuen Zolltarif würden sich die Agrarier auf
Kosten der Armen die Taschen füllen. Von der Re-
gierung sei nichts zu erwarten; der Volkstum müsse los-
brechen. Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten
müßten der Regierung und der bürgerlichen Mehrheit ein-
mal zeigen, daß die Nichtachtung des Reichstages nicht un-
gestraft gelassen dürfe. (Bravo.)

Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:
Resolution. Der Parteitag erblickt in der Fleischnot
einen durch die Hauptpolitik der herrschenden Agrar-Klassen
Deutschlands und voller Absichtlichkeit herbeigeführten
Mißstand, der um so verdammenswerter ist, als er die
Armen auf Kosten der Reichen ausplündert. Die heutige
Fleischnot ist ein Ausdruck der volkswirtschaftlichen
Lage, und sie wird noch schärfere Formen im nächsten
Jahre annehmen, wenn erst der durch die nichtswürdigen
Mittel zustande gebrachte neue Zolltarif in Kraft
treten wird. Der Parteitag erklärt, mit aller Energie
an der Aufklärung der arbeitenden Bevölkerung über
die wahren Ursachen der Fleischnot arbeiten zu wollen
und die Erkenntnis zu verbreiten, daß nur mit der Be-
seitigung des Privateigentums an Grund und Boden die
Möglichkeit schwimmt, die überwiegende Masse der Nation
augenblicklich einer verschwindenden Minderheit wirtschaftlich
auszubeuten.

Um jedoch wenigstens eine augenblickliche Milderung
des Notstandes herbeizuführen, verlangt der Parteitag
von der Reichsregierung die sofortige Deckung der
Grenzen, da deren weitere Schließung unvereinbar ist
mit den Grundfragen einer gesunden, auf das Wohl der
Massen berechneten Volkspolitik.

Den Bericht der Revisionen erstattet Gen. Greß-
mühl-Rehna. Derselbe konstatiert, daß Bücher und Be-
läge in voller Ordnung befunden wurden. Leider sei zu
konstatieren, daß nur 723 Mk. harter Kassenbestand im Be-
sitz des Parteisekretärs sind. Redner beantragt, dem Partei-
sekretär Entlastung zu erteilen. — Die Versammlung be-
schließt demgemäß.

Schließlich findet noch ein Antrag des Gen. Erdger
Annahme, nach welchem die Ortsvertrauensleute direkt
mit dem Parteisekretär hinsichtlich der Bona abzurechnen
haben.

Damit sind die Arbeiten des Parteitages erledigt.
Nach einem kräftigen Schlusswort des Gen. Ross-
Schwerin und einem Dank an die Lübecker Genossen für
die freundliche Aufnahme wurde der Parteitag um 3 1/2 Uhr
mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie ge-
schlossen.

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 5. September 1905.
Achtung Maurer, Zimmerer und Bau-
arbeiter! Der Zuzug von Bauarbeitern
aller Branchen nach Lübeck ist streng
fernzuhalten!

Das Geld in deinem Wente! Neben der horrenden
Fleischpreiserhöhung ist jetzt auch eine erhebliche Butter-
preiserhöhung in Sicht. Einem Kindviehmangel folgt
ein Buttermangel auf dem Fuße. Käse, die sonst einen
Verkaufspreis von etwa 300 Mk. einbrachten, müssen jetzt
mit 5-600 Mk. bezahlt werden. Oesterreich und Ungarn
exportierten in diesem Sommer auch nur unbedeutende
Buttermengen und es hat sich in letzter Zeit herausgestellt,
daß diese Länder auf Umwegen holländische und dänische
Butter importieren. Von wesentlicher Bedeutung ist aber,
daß infolge des russisch-japanischen Krieges die Butter-
ausfuhr aus Rußland fast gänzlich unterbunden ist. So
hat, um nur ein Beispiel anzuführen, ein Berliner Engros-
geschäft in Rußland zwölf große Wolkereien. Während der
auer des Krieges darf es aber nur ein Drittel seiner
Produktion an Butter, Milch und Fleisch ausführen,
während die übrigen zwei Drittel in Rußland verbleiben
müssen. Allem Anschein nach wird der Butterpreis noch

weiter steigen, und in informierten Kreisen rechnet man
mit der Tatsache, daß zur Weihnachtzeit gute Butter
kaum unter zwei Mark pro Pfund
zu haben sein wird. — Das kann wirklich nett werden!

Auf zum Protest gegen die Fleischteuerung! Am
kommenden Freitag findet im Vereinshaus eine
von der sozialdemokratischen Parteileitung veranstaltete
große Volksversammlung statt, in der Genosse
Stollen-Hamburg, Mitglied der dortigen Wargerschaft,
über die Ursachen und Folgen der Fleischnot
sprechen wird. Es liegt im Interesse der gesamten Be-
völkerung, speziell jedoch in dem der Arbeiter und deren
Frauen, wahrheitsgemäß davon Kenntnis zu bekommen,
wie die Fleischteuerung entstanden ist, wie derselben abzu-
helfen ist, und wie die Reichsregierung zu gunsten einer
kleinen Gruppe Großagrarien in dieser Frage Stellung
nimmt. Es ist deshalb Pflicht der gesamten Lübecker Ar-
beiterschaft und deren Frauen, die Versammlung am
Freitagabend zu besuchen und Protest einzulegen gegen die
volksfeindliche Politik der Reichsregierung.

Der Sozialdemokratische Verein hielt gestern Abend
im Vereinshaus seine regelmäßige Monatsversammlung
ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Genosse
Bape in ehrenvollen Worten des verstorbenen Genossen F.
Lüwig. Zu Ehren desselben erhoben sich die Genossen
von den Siben. Zum Punkt: „Beratung der zum Partei-
tag in Jena gestellten Anträge“ erhält Gen. Wissel
das Wort. Redner betont, daß er nur die wesentlichen
Anträge behandeln werde; derselbe beschäftigt sich zunächst
mit den Anträgen, die die Vertretung der Genossen auf
dem Parteitag behandeln. Redner ist für eine Regelung
der Vertretung. Hinsichtlich der Festlegung der Tagesor-
dnung meint derselbe, daß der bisherige Zustand wohl bei-
gehalten werden müsse. Nicht ganz unbegründet sei der
Antrag, auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen:
„Die auswärtige Politik der deutschen Reichsregierung“.
Die übrigen Wünsche der Genossen hinsichtlich der Tages-
ordnung würden jedenfalls nicht berücksichtigt werden
können, wohl aber würde der Antrag verschiedener Orte,
die Alkoholfrage auf die Tagesordnung des nächsten Partei-
tages zu setzen, angenommen werden. Die heutige und
auch die auswärtige Parteipresse habe dem Beschlusse des
Bremer Parteitages wenig Rechnung getragen. Hinsicht-
lich der Kaiserwahl müßte klipp und klar Stellung genommen
werden. Nach Erörterung weiterer Anträge betont Redner,
daß zur Militärjustiz unbedingt Stellung
genommen werden müsse. Der Streit zwischen
den Ultralinken müsse ohne persönlichen Charakter
zum Austrag gebracht werden. Hinsichtlich etwaiger Strei-
tigkeiten zwischen Partei und Gewerkschaft ist Redner der
Meinung, daß ein engerer Zusammenarbeiten zwischen
Partei und Gewerkschaft nötig sei. — Genosse Stellin
bemerkte, daß er die Zweckmäßigkeit der Erörterung der
auswärtigen Politik nicht erkenne; jedoch könne die Tages-
ordnung des Parteitages keine weitere Belastung erfahren.
Bezüglich des Behaltens der Parteipresse zur Alkohol-
frage betont Redner, daß das bis jetztige Parteipresseorgan sich in
dieser Beziehung völlig neutral gehalten habe, weil doch
die Frage der Abstinenz keine Parteifrage sei. Im übrigen
stimmt Redner dem Besonderen zu. Eine weitere
Diskussion wurde nicht beliebt. — Genosse Bape fordert
die Genossen zur regen Propaganda für die am Freitag
d. M. im Vereinshaus stattfindende Protest-Ver-
sammlung gegen den Fleischwucher auf und
erhielt, auch die Frauen in den Reihen dieser Propaganda
zu ziehen. Weiter gibt er bekannt, daß in der Oktober-
versammlung die Wahl des Vorstandes, sowie der Distrikts-
führer u. erfolge und bittet die Genossen, das zu beachten.
Darauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Achtung Parteigenossen! Die Karten zur Passa-
feier sind spätestens am Sonnabend, den 9. September
bei dem Kassierer, Gen. W. Ehlers, bei Schröder, Leder-
straße 3, von abends 8 1/2 bis 9 1/2 Uhr, abzuliefern.

Arbeiterstreik. Am Freitag, 1. d. Mts., vormittags
gegen 11 Uhr, geriet der bei der Firma Gossmann u.
Bürgers beschäftigte Arbeiter Joachim Düter, wohnhaft
Bürtenstraße, mit der rechten Hand in die Kappkappe und
verletzte sich demmaßen, daß er sich in's Krankenhaus be-
geben mußte. Dieser Unfall wäre voraussichtlich vermieden
worden, wenn das Gassen und Jaggen nicht ius wäre.

Anichtsarten mit Mitteilungen auf der Vorderseite
sind im Verkehr der Niederlande mit Deutschland
noch nicht zugelassen. Von der Zulassung der Karten der
bezeichneten Art im europäischen Verkehr gegen die Post-
fartentage bleiben daher, außer Großbritannien und Irland,
auch die Niederlande einwirken noch ausgeschlossen.

Bürger wurden im verfloffenen Monat 55 Personen;
die läbeische Staatsangehörigkeit wurde von 28
Personen erworben.

Germanischer Lloyd. Nach den Listen des Germani-
schen Lloyd sind in der Zeit vom 16. bis 23. August 12
Schiffsunfälle gemeldet worden, darunter 99 Dampfer und
43 Segler. Von diesen gingen 4 Dampfer und 5 Segel-
schiffe total verloren.

pb. Uhren Diebstahl. Aus einer im ersten Stock des
Hauses Johannstraße 40 belegenen Wohnung wurde
eine silberne Damen-Zylinderuhr gestohlen. Die Uhr
trägt die Nummer 6004 oder 60004.

pb. Grober Unfug. In der Nacht vom 4.-5. d. Mts.
wurden von mehreren Hausstürern in der kleinen Burg-
straße die Drücker, augenscheinlich aus Unfug, gewaltsam
abgebrochen und mitgenommen.

Wahl. Von der Gemeindeversammlung in Götth-
mund ist an Stelle des zum Vorkommenden erwählten
Fischermeisters H. Fr. Köger der Fischer J. H. S.
Gielau zum Mitgliede des Gemeindevorstandes auf die
gesetzliche Amtsdauer von 6 Jahren erwählt worden. Der
Erwählte ist obrigkeitlich bestätigt.

Notlauffenche. Es wird zur öffentlichen Kenntnis
gebracht, daß unter den Schweinen des Poffbesizers Evers
in Evershof die Notlauffenche ausgebrochen ist. Der
Schweinefall des Genannten ist unter Sperre gestellt.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Schlüter-
Ränkeereien befinden sich in einem Lohnkampfe. Zuzug
ist streng fernzuhalten!

Zuzug von Arbeitern nach der Riffenabteit von
Gehr. Rohbran in Lanen ist streng fernzuhalten.

Lübecksdorf. Wegen Verleumdung verklagte der
Musiker D. seinen Schwager L., der ebenfalls Musiker ist.
Beide hatten in Loekwisch auf einer Hochzeit zu Lanz auf-
gespielt; als es zur Teilung der Einnahme kam, meinte
L., daß sein Schwager mehr eingenommen hätte, als er
zur Teilung brachte. Er bezichtigte deshalb den D. der
Unterschlagung. Dieserhalb erhob D. Privatklage. Vor
dem Schönberger Gericht stellte sich heraus, daß an der
Summe, die D. zur Teilung brachte, nur ein sehr mini-
maler Betrag, der leicht verfehentlich in der Tasche haften
geblieben sei, fehle; deshalb sei der Vorwurf der Unter-

Schlagung nicht gerechtfertigt. Wegen Beleidigung wurde der Beklagte zu 20 M. Geldstrafe verurteilt. Gegen diese Entscheidung soll Berufung eingelegt werden.

Hamburg. Ein tödlich verlaufener Unfall ereignete sich gestern Abend kurz vor 6 Uhr auf Kuhwärder. Als der bei der Hamburg-Amerika-Linie beschäftigte Schmieb Fern. Devermann, wohnhaft Weust. 9, 3. Etage, Weddel, mit seinem Fahrrad auf dem Wege zwischen der Weidhofsbrücke und der kleinen Anlage am Stillhornerdamm neben einem mit Mauersteinen beladenen Wagen vorbeifahren wollte, geriet er infolge des schlechten Zustandes des Weges hart an den Wagen, kam zu Fall und wurde überfahren. Er war alsbald tot. Devermann hinterläßt eine Frau und 6 oder 7 Kinder.

Hamburg. Gegen den Fleischwucher. Eine große Anzahl sehr gut besuchter Protestversammlungen gegen den Fleischwucher fanden in den letzten Tagen in Hamburg und Umgegend statt. In denselben wurde folgende Resolution angenommen: Da der gegenwärtige Mangel und die daraus resultierende Fleischteuerung ihre Hauptursachen in den zu Gunsten der Agrarier ergriffenen Maßnahmen, den Vieh-, Fleisch- und Futtermittelkäufen, vor allem aber in der Absperrung der Vieh- und Fleischzufuhr aus dem Auslande hat, wodurch verhindert wird, daß der im Inlande eingetretene Mangel durch Zufuhr von außen behoben wird; da durch die Fleischnot die Interessen der Arbeiterklasse und aller minderbegüterten Volkselemente schwer bedroht, diese Massen in ihrer Lebenshaltung herabgedrückt werden und die Volksgesundheit im allgemeinen gefährdet wird, so legt

die Volksversammlung mit aller Entschiedenheit Protest ein gegen die Aufrechterhaltung der nur im Profitinteresse der nimmermatten Agrarierklasse getroffenen Maßnahmen und fordert die schleunige Dämpfung der Grenzen für die Vieh- und Fleischzufuhr, um den gefährlichen Notstand wenigstens zu lindern. Im weiteren aber fordert die Versammlung die Regierung und den Reichstag auf, mit der unheilvollen Agrarierpolitik zu brechen und erucht die sozialdemokratischen Mitglieder der Hamburger Arbeiterkammer, durch die den Senat zu veranlassen, im Bundesrat energisch für die Aufhebung der Grenzsperrn einzutreten.

Neumünster. Großfeuer. Die zu Kleinmummelshaus bei Neumünster belegene Stieperische Landstelle brannte gänzlich ab. Es ist mit großer Bestimmtheit anzunehmen, daß Brandstiftung vorliegt; es sind daher die umfangreichsten Erhebungen zur Ermittlung des Täters angestellt. Versteht wurde nichts, da Wassermangel herrschte und die Wehren erst eintrafen, als das ganze Gewese in Flammen stand.

Kiel. Ueberfälliger Dampfer. Der auf einer Ostseefahrt begriffene Kieler Dampfer „Dio“ ist seit drei Tagen überfällig. Nachforschungen blieben bisher erfolglos. Man hofft, daß der Dampfer infolge des schlechten Wetters den Schutz der Küste aufgesucht habe. — Vergeblich. Durch lasterlichen Ungehorsam ist der am 10. Juli 1902 wegen militärischen Ungehorsams zu 5 Jahren Gefängnis verurteilten Seefeldater, Schmilz und Preis die übrige Strafe zu erlassen.

Bremsehaven. Tischlerstreit. Die hiesigen Tischler

hatten sich mit einer Lohnforderung an die Meister gewandt, jedoch eine Antwort erhalten, welche einer Ablehnung der Gefellenwünsche ziemlich gleichkam. Darauf sind bereits gestern 70-80 Mann in 9 Betrieben in den Ausstand getreten. In Betracht kommen die Bau- und Möbelfabriken. Zugang von Bau- und Möbelfabrikern ist bis auf weiteres von den Intervallorten ferngehalten.

Beste Nachrichten.

Danzig. Cholera. Nach der „Dana. Blg.“ wurden im Weichselgebiet neuerdings sieben Neuerkrankungen an Cholera festgestellt.

Berlin. Familientragödie. Eine Arbeiterfrau versuchte gestern ihre drei im Alter von 3 bis 6 Jahren lebenden Kinder mit Kerosin zu vergiften und trank selbst die gleiche Dosis. Die Kinder erlitten nur geringe Verletzungen, die Frau liegt hoffnungslos darnieder.

Essen. Eisenbahnunglück. Durch den Zusammenstoß zweier Lokomotiven auf dem Bahnhof Suhl wurde ein Lokomotivführer getötet und ein Heizer schwer verletzt. Beide Lokomotiven sausten davon, durchbrachen die Wände mehrerer Gebäude und richteten großen Schaden an.

Continua.

Für die russischen Freiheitkämpfer gingen bei uns ein: Steinarbeiter 10.— M.
Expedition des „L. B.“

Gestern morgen 9^{1/2} Uhr entschied sanft unsere kleine Ella im zarten Alter von 14 Wochen. Dies zeigt tiefbetrübt an die Eltern und Geschwister.
H. Peters u. Frau, Dora, geb. Lindmann.
Zum 1. Oktober eine Stube mit Kaminangehörig zu vermieten
Schmiedestraße 5-4

Zum 1. Oktob. 1. Etage 180 M.
zu vermieten
Markgrube 28.

Fremdliche Stube für 2 Mann
Eisenstraße 9.

Zu sofort oder 1. Oktober eine Wohnung bis zu 200 M. gesucht.
Angeb. u. D B an die Exped. d. Bl.

Gesucht zu sofort eine Waschfrau auf mehrere Tage der Woche bei gutem Lohn.
Off. u. W F an die Exped. d. Bl.

Ein noch unterhalt. Duppewagen zu kaufen gesucht.
Angeb. u. R 37 an die Exped. d. Bl.

1 Kinderwagen u. 1 eis. Bettstelle gut erhalten, billig zu verkaufen
Eisenstraße 38

Gut erhaltener Gelanzug billig zu verkaufen
Karpfenstraße 24 a

Ein Kinderwagen mit Gummirief. zu verkaufen
Welfenstraße 15 a

Ein 2tür. zerlegb. Kleiderschrank zu verkaufen
Welfenstraße 46 11

Fortz. zu verk. 1 hoher eiserner Ofen, 4 gr. w. Enten, 1 w. j. Gahn, u. mehrere hundert Buchsbaumplanzen billig
Arminstraße 1, Burgtor.

Ein Kinderklappstuhl bill. zu verk.
Chaloffstraße 2 a, Burgtor

Eine neue Plüschgarnitur nebst Sofa tisch billig zu verkaufen
Federgrube 20. part

Stühle werden billig und gut ausgeflochten
Dannewitzstraße 6, 1.

Rasse-Tauben (Ausstellungsstücke) billig zu verkaufen
Markstraße 29

Tapetier-, Polster- und Dekorationsarbeiten werden gut ausgeführt von Curt Pannier, Tapetier, Waisenbühlstraße 31, II

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.
H. Schreiber, Waisenbühlstr. 8.

Zur Rettung von Trunksucht!
berühmte Anweisung nach 35 jähriger approbierter Methode zur sofortigen radikalen Beseitigung mit auch ohne Vorwissen, zu vollziehen. — keine Verunsicherung. — Briefe sind 50 Bg in Briefmarken beizufügen. Man adressiere: Privat-Anstalt Villa Christina, Post Säckingen (Baden).

Zu verkaufen Schlafsofa, gr. Sofa, Kleider-schrank, Kommoden und Verschiedenes
Schönhauserstraße 9 a



ihren Retorten . 1,00
Lebern einsehen . 1,50
1 Jahr Garantie.
Abzug 1. Qual. 0,30
Aug. Böhmer,
Uhrmacher,
Süßstraße 33.

Größte Auswahl am Platze
in den
guten Pommerschen
Halb-, Dreiviertel- und Knies-
stiefeln sowie Arbeitsschuhe
sehr billig
nur Marlesgrube 38.

Mit dem heutigen Tage eröffnen wir unter der Firma:
Carl Clement Nachf.
Johannisstraße 65/70
eine
Brennmaterialien-Grosshandlung
und bitten höflichst um gest. Aufträge.
Hochachtungsvoll
Carl Clement Nachf.
Inh.: J. Wischendorf & H. Lohse.

Achtung Zimmerer!
Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung
Mittwoch den 6. September
abends 8^{1/2} Uhr
im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50-52.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Sämtliche Mitglieder müssen erscheinen.
Der Vorstand.

Prima Emdener Fettheringe
sehr haltbare ff. Fische
in Zinkbandtonnen, sowie in kleineren Gebinden und Stückweise offeriert sehr billig
T. Buhrmann, Joh. W. Fahlé,
Fernsprecher 153

Feuerversicherung schließt ab unter günstigen Bedingungen
A. Kohnmann, Friedebühlstr. 47.
Zur bevorstehenden Saison
bringe allen Möbelkäufern
mein reichsortiertes Lager nur gut gearbeiteter Möbel und Polsterwaren
in empfehlende Erinnerung.
Folckers' Möbel-Magazin
Lübeck,
25 Marlesgrube 25.
Telefon 784

Achtung Maurer!
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch den 6. Septbr.
abends 8^{1/2} Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Alle Mitglieder müssen zu dieser Versammlung erscheinen.
Der Vorstand.

Achtung Fleischer!
Die Versammlung findet nicht am Mittwoch den 6., sondern
am Sonntag den 10. Septbr.
nachmittags 3^{1/2} Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
statt.
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist erforderlich.
Der Vorstand.

„Universum“.
Täglich große Vorstellung.
Auftreten
erstklassiger Kräfte!
L. Puls.

Stadt-Halle.
Mittwoch: Abonnements-Vorstellung 97.
Letzte Woche. Zu halben Preisen.
Zum letzten Male:
Klönbargs Reiseabenteuer.
Anfang 7^{1/2} Uhr Son 7 Uhr Konzert.

Deutscher Wertarbeiter-Verband.
(Zahlstelle Lübeck.)
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch den 6. September
abends 8^{1/2} Uhr
im „Vereinshaus“, Johannisstrasse 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Kartellbericht. 2. Anträge zur außerordentlichen Generalversammlung.
3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Der wichtigen Tages-Ordnung wegen, insbesondere des 2. Punktes, sieht zahlreichem Besuch entgegen
Die Ortsverwaltung.

Achtung Bauarbeiter!
Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag den 7. September
abends 8^{1/2} Uhr
im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50-52.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Erscheinen sämtlicher Mitglieder dringend notwendig.
Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie der mit P. L. gekennzeichneten Artikel und Notizen: J. Hausmann, Stellung. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie die mit P. L. gekennzeichneten Artikel und Notizen: Paul Böwig. — Besetzer: Theodor Schwarz. — Druck von Friedr. Neuer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

An die Parteigenossen

der Provinz Schleswig-Holstein, des Fürstentums Lübeck und des Hamburger Staates.

Der diesjährige Provinzialparteitag findet am Sonntag, 15. und Montag, 16. Oktober, in der „Sarmonie“ in Elmshorn statt.

Die Verhandlungen werden um 11 Uhr vormittags beginnen. Die provisorische Tagesordnung ist wie folgt festgesetzt:

1. Konstituierung des Parteitages. Festlegung der Tagesordnung. Wahl einer Mandatsprüfungskommission und einer Kommission zur Prüfung des Etats und der Jahresabrechnung.
2. Bericht der Agitations-Kommission. Referent: E. Saalfeld.
3. Staatsberatung.
4. Bericht über die Presse.
 - a) Geschäftlicher Teil: Julius Krause und D. Hindfleisch;
 - b) Redaktioneller Teil: W. Freytag.
5. Der Parteitag zu Jena und unsere Provinzorganisation.
6. Anträge und Resolutionen.
7. Die Pleischnot und die Grenzpreise unserer Provinz.
8. Wahl des Stizes und des Vorsitzenden der Agitationskommission.
9. Bestimmung des Orts für den nächsten Provinzialparteitag.

Anträge, die in die gedruckte Vorlage Aufnahme finden sollen, sind spätestens bis zum 5. Oktober an uns einzuwenden.

Die Delegierten bitten wir, uns und dem Lokalkomitee von ihrer Delegation rechtzeitig Mitteilung zu machen. Mandatsformulare sind von der Agitationskommission, Neumannstr. 6, abzuholen.

Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

Louis Wroblewski, Elmshorn, Amradsstraße 37.

Stimmige Wünsche, betr. Logis, sind dem Lokalkomitee mitzuteilen.

Neumünster, 1. September 1905.

Die Agitationskommission.

Bericht der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands

von Anfang August 1904 bis Ende Juli 1905.

Das Berichtsjahr ist für die proletarische Frauenbewegung ein Jahr beständigster innerer und äußerer Entwicklung gewesen. Es begann damit, daß die Unterzeichneterin an die Vertrauenspersonen ein Zirkular sendete, in welchem allgemeine Anleitungen gegeben wurden über die Stellung der Vertrauenspersonen zu den leitenden Genossen, wie über das zu erfüllende Amt, um die von der Frauenkonferenz zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen.

Wie bestehend und anregend die Frauenkonferenz zu Bremen gewirkt hat, wurde bald ersichtlich, und zwar nicht nur an dem Eifer der Frauen, sich im Dienste der Arbeiterbewegung zu betätigen, sondern auch durch die Bereitwilligkeit vieler Genossen, die Frauenbewegung fördern zu helfen. Die Agitation konnte an vielen Orten einsetzen, die bis dahin brach gelegen hatten.

Nach den vollzogenen Neuwahlen der Vertrauensper-

sonen war deren Zahl sofort erheblich höher als am Schlusse des Vorjahres; jetzt beträgt sie 190.

Die Unterzeichneterin hat in etwa 30 Orten eine proletarische Frauenbewegung in die Wege geleitet. Sie hielt zu diesem Zwecke Versammlungen ab, in denen Vertrauenspersonen gewählt wurden. An manchen Orten stand sie den Genossinnen bei, Organisationen zu schaffen, die inzwischen ins Leben getreten sind und eine gute Entwicklung zeigen. So sind die Anfänge der Einzelziehung der Frauen in das Leben der Partei u. a. in Posen, Oldenburg und Schleswig gemacht worden.

Dort wo es das Verträglichkeitsgesetz ermöglicht, sind die Genossinnen mit den Genossen gemeinsam politisch organisiert. Nach einer verhältnismäßig umfangreichen Arbeit wie in Deutschland ungefähr 4000 Genossinnen, die in dieser Weise organisiert sind.

Die unpolitischen Bildungsvereine dagegen umfassen etwa 3000 Frauen und Mädchen. Diese Vereine mögen im Verhältnis zum Umfang der gesamten deutschen Sozialdemokratie nicht groß erscheinen. Sie geben aber auch bei weitem nicht die ganze Zahl der Frauen wieder, die zur Partei gehören und für sie tätig sind, die aber infolge des vertriebsrechtlichen Unrechts oder anderer Sonderverhältnisse, welche die politische Betätigung des weiblichen Geschlechts hindern, den Organisationen fernbleiben. Es sind nicht allein die Bestimmungen der verschiedenen einzelstaatlichen Verordnungen, welche einer einheitlichen und festen Organisation der Genossinnen entgegenwirken, sondern auch die Handhabung der Gesetzgebung. Nach den Erfahrungen, welche die Genossinnen in dieser Hinsicht im In- und Auslande gemacht haben, ist es in Deutschland bis vor die Tore Berlins und in Berlin selbst gemacht worden, während die Behörden rasch das Verbot jedem Verein von Frauen auszusprechen, der nur entfernt sozialdemokratische Tendenzen angeht. Unter diesen Umständen haben die Genossinnen sich darauf beschränken müssen, nur lose organisiert zu sein. Ihr Streben, sich als volltätige Parteigenossinnen zu erweisen, kommt mehr und mehr darin zum Ausdruck, daß viele Frauen in Preußen regelmäßig freiwillig Parteibeiträge leisten. Im 6. Schleswig-holsteinischen Wahlkreise z. B. haben wir bereits 450 Frauen, die sich durch Leistungsbeweise als organisierte Genossinnen zu legitimieren imstande sind.

Der feste innere Zusammenhang, der zwischen dem Leben der sozialdemokratischen Partei und unserer Frauenbewegung besteht, gelangte zum Ausdruck durch den regen und verhältnismäßig weiten Anteil, den die Genossinnen an den Parteikonferenzen nahmen. Bei keiner derselben hat ihr Interesse und ihre Mitarbeit versagt; wir greifen jedoch von ihnen nur eine als Beweis heraus: der preussische Parteitag. Sobald derselbe einberufen worden war, forderte die Unterzeichneterin durch einen Aufruf in der „Völkerei“ zur Teilnahme und Beteiligung der Genossinnen der Orte auf, in denen die Frauenbewegung kräftig entwickelt war. Der Wichtigkeit der Sache entsprechend, wurden außerdem an betriebsfähigen Vertrauenspersonen noch schriftlich ausführliche die Gründe dargelegt, welche die Beteiligung der Genossinnen an diesem Parteitage notwendig machten. Der Erfolg war, daß von 7 Orten 10 Genossinnen delegiert worden sind, die bei den verschiedenen Punkten der Tagesordnung sich an den Debatten in schlußfertiger Weise beteiligten.

Die Einwirkung von Lesevereinigungen und Diskussionsabenden zur Schulung der Genossinnen hat sich vorzüglich bewährt. In großer Anzahl werden solche Abende abgehalten. Als Grundlage der Erläuterungen und Diskussionen dienen Artikel aus der „Völkerei“, ferner das kommunistische Manifest, Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie von Kautsky und Schoenlandt und andere Schriften unserer theoretisch schulen Parteiliteratur. Wir erzielen dadurch in vielen Orten einen Stamm tüchtig ausgebildeter, mit dem sozialdemokratischen Programm wohl vertrauter Genossinnen, die

bewußt unseren Zielen anhängen, dieselben erfolgreich vertreten und anderen verständlich machen können.

Auch die Bildungsvereine leisten ihr gut Teil Aufklärungsbemühungen. Von Ärzten, Hygienikern, Künstlern, Schriftstellern usw. werden hier in großer Zahl anregende und belehrende Vorträge gehalten über Erziehungsfragen, das Volksschulwesen, naturwissenschaftliche und geschichtliche Thematika, die Wohnungsfrage, Waisen- und Armenpflege usw.

Künstlerische Veranstaltungen, Vorführungen der Werke von Munkier, Holbein, Rembrandt u. a., Rezitationen aus den Werken der Klassiker und der neueren Dichter, wie Höfen, Goethe und anderer haben dazu beigetragen, unter den Frauen und Mädchen das arbeitende Volks-Allgemeinbildung zu verbreiten und den Geist empfänglich zu machen für die sozialistische Ideenwelt.

Die politische Aufklärung ist in ausgiebiger Weise gefördert worden in den oben erwähnten Diskussionsabenden, sowie in öffentlichen Versammlungen durch Vorträge über alle das öffentliche Leben berührende Fragen und Vorgänge. Unsere Rednerinnen sind rasch für unsere heilige Sache tätig, sie können keine Ermüdung, kein Ausruhen.

Besonders plattformäßig und eingehend haben sich die Genossinnen im ganzen Reich mit der Schulfrage beschäftigt. Ihr aufklärerisches Agitation hat in sehr großen proletarischen Kreisen das Verständnis für dieselbe geweckt und eine gute Zahl von Frauen mit der Schulfrage auseinandergesetzt, die sozialistischen Forderungen auf dem Gebiete des Volksschulwesens überzeugend vertreten zu können.

Als der große Kampf der Bergleute im Ruhrgebiet ausbrach, ist die Unterzeichneterin die Genossinnen zu tatkräftiger Unterstützung auf, und sie haben wirklich tüchtige Arbeit geleistet, nicht nur als Rednerinnen in den Versammlungen, sondern auch bei der notwendigen unerschütterlichen Arbeit, dem Stärken des Solidarietätsgefühls usw., wie dem Sammeln von Geldern haben sie das ihre ausdauernd, tapfer und eifrig beigetragen. Die überragende Haltung, welche die Frauen der Streikenden während des Kampfes betätigt haben, ist zum großen Teil das Verdienst der proletarischen Frauenbewegung, die seit Jahren an der Aufklärung der weiblichen Proletarierinnen mit großer Ausdauer gearbeitet hat.

Der Abschluß der Handelsverträge und die fortwährende Steigerung der Lebensmittelpreise gaben Anlaß zu vielen Versammlungen und Protestaktionen seitens der Genossinnen.

Wie die Genossinnen im vorigen Jahre die ersten waren, die ihre Stimmen zum Protest gegen die Liebedienerei des offiziellen Deutschlands vor dem Parlament erhoben, so haben sie auch dieses Jahr in den ersten Reihen, als es sich darum handelte, in Massenversammlungen gegen die Genußstaaten des russischen Absolutismus zu protestieren und den glorreichen Freiheitskämpfern im Moskauer Reich, vor allem aber den russischen und politischen Sozialdemokraten die Sympathie und Bewunderung des deutschen Proletariats zu versichern. — Auch die Schandthaten des Militärischen, die grausamen Soldatenmissetaten und die unmenschlichen Vorkriegsereignisse haben den Genossinnen Anlaß zu einer Agitation, welche schärfste Kritik am ganzen System übte und es als Todfeind des Proletariats zu brandmarken. Kurz, nach jeder Richtung hin, unter Ausnutzung aller Gelegenheiten und aller zu Gebote stehenden Mittel, sind die Genossinnen bemüht gewesen, im weiblichen Proletariat Kenntnis der Zustände zu verbreiten, die Köpfe zu revolutionären und dadurch Kämpferinnen für den Sozialismus zu gewinnen, sowie vor allem auch Mütter, welche künftige Kämpfer erziehen.

Als bekannt wurde, daß der Reichstag für Arbeiterstatistik beabsichtigt, Erhebungen über die Arbeitsbedingungen in den Blätterereien und Wäschereien, sowie in der Fischindustrie zu veranlassen, richtete die Unterzeichneterin an die genannte Körperschaft eine Eingabe betreffend die Mitwirkung der geschulten Genossinnen bei dieser

Gold!

Ein Kalifornisches Lebensbild.
Von Friedrich Gerstäcker.

(16. Fortsetzung.)

Die letzten Gäste hatten jetzt den Saal verlassen. Fast alle Lichter waren ausgelöscht und nur zwei für die Nacht bestimmte Lampen warfen noch ihren düstern Schein über den verödeten, unheimlichen Platz. Aus der Ecke einer Ecke konnte schon das regelmäßige Schnarchen eines der Schlafenden herüber, und nur an einem Tische, ziemlich in der Mitte des Saales, saßen noch drei Männer. Aber sie spielten nicht mehr, sondern zwei packten die Kasse zusammen, während der dritte — ein alter Bekannter von uns, Siffly, verlor sich und rittlings auf seinem Stuhle saß und, beide Arme auf die Lehne stützend, den anderen zusah.

„Verdammt schlechte Geschäfte habt Ihr heute gemacht,“ sagte er endlich kräftig-küchelnd, als er die Gesamtsomme etwa übersehen konnte, „und kaum mehr als den Pacht herauskommen. Warum heftet Ihr denn den vermaledeiten Kral in der lumpigen Jacke und mit dem Saß voll Gold so ungerührt zuseher? — Ihr müßt doch gewußt haben, Brown, daß die Axt oben lag, — ich sah es von hier.“

„Das hab' ich auch,“ brummte Brown, jener Kleine, dicke Spieler mit den entsehlischen Waternörbern, „ganz genau wußt' ich's; der schmutzige Holzknecht wußte es aber eben so gut und betrachtete mich die Finger mit seinen Hakenaugen auf eine Art, daß ich nichts riskieren durfte. Euch wäre doch am wenigsten daran gelegen, wenn wir hier mit dem Tische in ein solches Renommee kämen.“

„War denn mit dem Fremden nichts weiter zu machen, den Ihr uns heute Nachmittag brachte?“ fragte da Siffly der Lange.

„Nichts,“ erwiderte Siffly verächtlich. „Er will nicht

mehr spielen und — ist auch eigentlich ein alter Freund von mir, mit dem ich nicht zu hart sein wollte.“

„Freund,“ wiederholte Smith verächtlich, indem er ein der vor ihm liegenden Kartenspiele aufnahm und unwillkürlich damit zu spielen anfing — „Freund — was geht uns hier in Kalifornien ein Freund an? Und wenn mein Bruder herüberkäme und grün wäre, müßte er für sich selber die Augen offen halten.“

„Ich gebe j'ht zu Bett,“ sagte Brown, indem er sich mit unger Mühe vom Stuhl erhob und einen alten, hinter ihm liegenden Tuchmantel überwarf. „Geht Ihr mit, Siffly? Smith hat heute die Wache.“

„Ich habe auch nichts weiter hier zu tun,“ erwiderte der Angeredete. „Ihr aber wohnt unten am Wasser, und ich schlafe heute Nacht oben in der Stadt. Mein Quartier ist mir heute Morgen gekündigt worden, und ich muß mich über Tag nach einem neuen umsehen.“

„So? Das ist was anders,“ sagte der Kleine dicke Mann; „so, dann gute Nacht. Vor zehn Uhr morgen früh brauch' ich doch nicht wieder hier zu sein?“

„Schwerlich,“ sagte Siffly — „Morgenstunde hat bei uns kein Gold im Munde. Gute Nacht.“

Smith sagte gar nichts, sondern nickte nur, als sein kleiner, wohlbeleibter Kamerad den Saal verließ, einfach mit dem Kopfe und mischte weiter, und eine Welle nach saßen sich die Beiden stumm gegenüber.

„Der Wursche wird mit jedem Tage ungeschickter,“ brach endlich Siffly, nachdem er einen Blick über die Schulter geworfen hatte, ob sie allein wären, mit etwas unterdrückter Stimme das Schweigen.

„Das weiß Gott,“ bestätigte Smith, während er die Karten wie in Gedanken vor sich abzog und dann wartete, als ob jemand potiniere solle, „ich wollte, wir wären ihn auf eine gute Manier los, wenn wir nur sein eingezeichnetes Kapital eutbehren könnten.“

Siffly erwiderte nichts, und wieder saßen die beiden ein-

ander stumm eine zeitlang gegenüber, jeder mit eigenen Gedanken beschäftigt.

„Wenn hier einmal, in dem Mist von Betten und Hoß'ähern, ein Feuer ausbrechen sollte,“ — sagte da plötzlich Siffly, aber noch viel leiser als vorher, „ich glaube, in zehn Minuten stände die ganze Plaza in lichten Flammen.“

Smith sah den Sprecher rasch und fragend an, diese hob aber den Kopf nicht zu ihm auf und schien sich nur aufmerksam die vor ihm ausgebreiteten Karten zu betrachten.

„Ein Feuer?“ wiederholte der Lange betäubt.

„St — nicht so laut,“ warnte ihn der Würtige — „das Wort hat einen eigenartigen Klang und man hört es bis in die entferntesten Ecken eines Raumes. Ja, es ist, als ob man es fühlte. Der Wursche da drüben hat richtig zu schnarchen aufgehört.“

„Bah, der schläft so fest wie je,“ sagte Smith, der einen forschenden Blick dort hinübergeworfen. „Er hat sich nur auf die andere Seite gewälzt. Um, — ein Feuer wäre allerdings eine wunderbare Neuigkeit, auf die eigentlich noch kein Mensch vorbereitet ist. Was, — was täten wir nun zum Beispiel, wenn es einmal in der Nacht, — wenn es in dieser Nacht plötzlich brennen sollte?“

„Ja, ich weiß er's nicht,“ sagte Siffly, — „das Geld müßte man freilich vor allen Dingen zu retten suchen, und doch wäre das eigentlich schwer. Wenn hier Feuer ausbräche, hätte Jeder nur eben Bett, sein nacktes Leben zu retten, und ehe Brown vom Wasser hier herauf kommen könnte —“

„Der arme Brown,“ sagte der Lange mit mittelbigem Ton, ohne jedoch eine Miene dabei zu verziehen, — „er würde sein ganzes Bein oben verlieren.“

„Und unser Nachbar hier, dessen Geldkasten unter unserer Obhut steht, ebenfalls,“ sagte Siffly. „Es ist doch

